

Ehrbare Staaten?

Tatsächliche Staatsverschuldung in Europa im Vergleich

Ehrlich gerechnete deutsche Schulden bei fast 5 Billionen Euro

Die europäische Schuldenkrise hat nicht nur die Banken und Finanzmärkte erschüttert. Die Schockwellen drohender Staatspleiten wirken sich auch negativ auf die Realwirtschaft aus, bringen Europa erneut an den Rand einer schweren Rezession und gefährden Arbeitsplätze. Darüber hinaus fürchten viele Menschen um ihre Ersparnisse, weil sie erwarten, dass als „Ausweg“ aus der Schuldenkrise am Ende eine massive Geldentwertung stehen wird. Doch wie sieht die Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum tatsächlich aus?

1. Die Unzulänglichkeit der Maastrichtkriterien zur Eindämmung der Staatsverschuldung

Redet man landläufig über Staatsverschuldung, so meint man in der Regel entweder das aktuelle Haushaltsdefizit, das mittels zusätzlicher Neuverschuldung gedeckt werden muss, oder die Summe der in der Vergangenheit angehäuften Staatsschulden. Diese traditionelle Sicht der Staatsverschuldung spiegelt sich auch in den sogenannten Maastricht-Kriterien und im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wider. Mit diesem Regelwerk sollte sichergestellt werden, dass alle Mitgliedsländer im Euro-Währungsraum über dauerhaft solide öffentliche Haushalte verfügen und nicht eines Tages ein Land von anderen Euro-Ländern finanziell „gerettet“ werden muss (No-Bail-out-Regel). Dazu wurden die beiden folgenden Schuldenobergrenzen festgelegt:

- 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die jährliche Neuverschuldung (*Defizitkriterium*)
- 60 Prozent des BIP für den maximal zulässigen Schuldenstand (*Schuldenstandskriterium*).

Wie die aktuelle Krise zeigt, konnte das Ziel solider Staatsfinanzen mit den Maastricht-Kriterien nicht erreicht werden. Dieses „Versagen“ lag neben der notorischen Neigung der Staaten zum Schuldenmachen nicht zuletzt an der unzureichenden politischen Verbindlichkeit der Kriterien.

2. Staatsverschuldung ehrlich gerechnet – Die Zukunft ist entscheidend

Noch viel problematischer ist die Tatsache, dass die offiziellen Schuldenstatistiken in der Regel nur einen (kleinen) Teil der gesamten Staatsverschuldung ausmachen. Der Grund ist einfach: Betrachtet werden ausschließlich das aktuelle Haushaltsdefizit sowie die in der Vergangenheit bereits entstandenen Schulden.

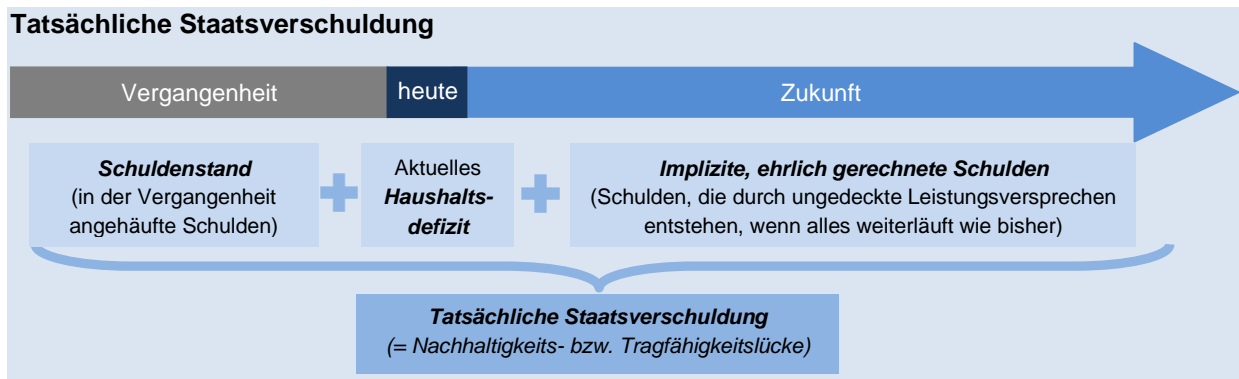
Zukünftige Leistungsversprechen hinzuaddieren

Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Staat jedes Jahr neben seinen laufenden Ausgaben **rechtswirksame Verpflichtungen eingeht, ohne entsprechende Rückstellungen zu bilden**. Diese werden in zukünftigen Jahren zu beträchtlichen Staatsausgaben führen – beispielsweise in Form gewährter Renten- und Pensionszusagen oder Gesundheits- und Pflegeleistungen. Die Hoffnung, dass sich Steuern und Beitragseinnahmen automatisch in gleichem Ausmaß wie die öffentlichen Ausgaben erhöhen werden, so dass die Finanzierung der staatlicherseits versprochenen Leistungen gesichert wäre, ist allein deshalb unrealistisch, weil die Bevölkerung in allen europäischen Ländern massiv altert.

Demografie berücksichtigen

Zum einen werden durch die **Bevölkerungsalterung** große staatliche Ausgabenposten mit altersabhängigen Leistungen wie beispielsweise die Gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in den kommenden Jahrzehnten erheblich anwachsen. Zum anderen sinkt gleichzeitig der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die den Großteil der Sozialversicherungsbeiträge wie auch der Lohnsteuer tragen. Beides führt dazu, dass die staatlichen Einnahmen deutlich hinter den staatlichen Ausgaben zurückbleiben werden, wenn man auf Reformen verzichtet und den gesetzlichen Status quo fortführt. Wichtig ist, dass diese zukünftigen Staatsschulden das direkte Ergebnis heutiger (und vergangener) Politikentscheidungen sind.

Will man also einen realistischen Blick auf die tatsächliche Staatsverschuldung werfen, müssen zu den sichtbaren expliziten Schulden der Vergangenheit daher noch die ehrlich gerechneten, impliziten Schulden der Zukunft hinzuaddiert werden. Beides zusammen wird häufig auch als sogenannte Nachhaltigkeits- oder Tragfähigkeitslücke bezeichnet.



3. Wie hoch ist die Staatsverschuldung tatsächlich?

Die Stiftung Marktwirtschaft berechnet in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Generationenverträge regelmäßig die Höhe der tatsächlichen Staatsverschuldung. In der nachfolgenden Tabelle finden sich die auf Basis der aktuellen Wirtschaftslage berechneten Ergebnisse für Deutschland und die weiteren Gründungsmitglieder des Euroraums. Für die überwiegende Mehrheit der betrachteten Länder machen die ehrlich gerechneten, impliziten Schulden den Löwenanteil der Staatsverschuldung aus. **Die traditionelle Schuldenbetrachtung gemäß den Maastricht-Kriterien vermittelt eine zu optimistische Sicht der Dinge.**

Staatsverschuldung im internationalen Vergleich – Nachhaltigkeitsranking 2010

		Explizite Staatsschuld	Implizite Staatsschuld	Nachhaltigkeitslücke	Konsolidierungsbedarf
1	Italien	118,4	27,6	146,0	2,4
2	Deutschland	83,2	109,4	192,6	4,0
3	Finnland	48,3	146,9	195,2	2,7
4	Österreich	71,8	225,9	297,7	4,8
5	Frankreich	82,3	255,2	337,5	4,3
6	Portugal	93,3	265,5	358,8	6,5
7	Belgien	96,2	329,8	426,0	5,3
8	Niederlande	62,9	431,8	494,6	8,1
9	Spanien	61,0	487,5	548,5	7,0
10	Griechenland	144,9	872,0	1016,9	17,6
11	Luxemburg	19,1	1096,5	1115,6	12,0
12	Irland	92,5	1404,7	1497,2	10,4

Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database, Eurostat, Berechnungen: Forschungszentrum Generationenverträge.

Der „Konsolidierungsbedarf“ gibt an, um wieviel Prozent des BIP die Staatsausgaben dauerhaft gesenkt – oder alternativ die Staatseinnahmen dauerhaft erhöht – werden müssten, um die Nachhaltigkeitslücke zu schließen bzw. die Schuldenquote langfristig konstant zu halten. **Für Deutschland entsprechen die 4,0 Prozent des BIP etwa 100 Mrd. Euro jährlich.**

Unsere Forderung:

Oberste Priorität müssen deshalb in allen Ländern Transparenz und eine glaubwürdige Konsolidierungspolitik haben. Dazu müssen

1. die laufenden Haushaltsdefizite wirksam begrenzt werden und
2. die zukünftigen staatlichen Ausgaben und Einnahmen stärker in Übereinstimmung gebracht werden. Reformen sind daher vor allem in den Sozialversicherungssystemen, aber auch bei den Beamtenpensionen notwendig, da sie Hauptquelle der ehrlich gerechneten Verschuldung sind.